

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telex: 886 846 ppbn
Telefax: (02 28) 9 15 20-12

Inhalt

Dr. Christoph Zöpel MdB stellt 9 Thesen zum Grundbedürfnis Wohnen zur Diskussion: Stadtentwicklung und Wohnungswesen zwischen Staat und Markt.

Seite 1

Dokumentation

Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Johannes Rau, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und Kandidat der Sozialdemokraten für das Amt des Bundespräsidenten, hat auf dem Wiesbadener Parteitag eine programmatische Rede gehalten: Die Dinge beim Namen nennen und praktische Vorschläge machen. Wortlaut

Seite 3

48. Jahrgang / 223

23. November 1993

Stadtentwicklung und Wohnungswesen zwischen Staat und Markt

9 Thesen zum Grundbedürfnis Wohnen

Von Dr. Christoph Zöpel MdB
Mitglied des SPD-Präsidiums

These 1:

Die Alternative Markt oder Staat ist für hochentwickelte Gesellschaften wirklichkeitsfremd.

Demokratische Wohlstandsgesellschaften entwickeln sich innerhalb einer Ordnung, die sowohl Markt, Unternehmerfreiheit, Privateigentum und Tarifautonomie garantiert, wie Rechtsstaatlichkeit, staatliche Steuerhoheit, öffentliches Personal und öffentliches Eigentum vorsieht.

These 2:

Marktversagen ist Staatsversagen und Staatsversagen ist Marktversagen.

Das jeweils konkrete Verhältnis zwischen Markt und Staat, zwischen den ordnungspolitischen Elementen, die jedem dieser grundsätzlichen Regelungsbereiche zugeordnet werden können, ist abhängig von den gesellschaftlichen Bedürfnissen, die geregelt werden sollen. Werden gesellschaftliche Bedürfnisse oder gesellschaftliche Probleme dauerhaft in einer Wohlstandsgesellschaft nicht geregelt, so liegt es immer daran, daß der Staat nicht genügend die Begrenzungen des Marktes erkannt hat, oder die Marktmechanismen nicht zulanglich vom Staat berücksichtigt wurden. Marktversagen und Staatsversagen gehen also viel stärker ineinander über als es dieser Gegensatz erwarten läßt.

These 3:

Wohnungen sind keine Äpfel.

Das Bedürfnis zum Genuß von Äpfeln oder anderen Konsumgütern kann nicht gleich gesehen werden, wie das Bedürfnis zu Wohnen. Wohnen ist in den Wohlstandsgesellschaften der modernen Welt ein Grundbedürfnis, das durch kein anderes Wirtschaftsgut ersetzt werden kann. Wie tief dieses unersetzbare Grundbedürfnis in unserer Gesellschaft verankert ist, zeigt sich tragischerweise u. a. auch darin, wie unsere Gesellschaft denjenigen begegnet, die Wohnen dennoch substituieren wollen, nämlich durch Herumziehen, wie unsere Gesellschaften also den Sinti und Roma begegnen.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Housallee 2-10, Pressehaus I/217, 53113 Bonn
Postfach 12 04 05, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Veränderung
aus dem
Kulturpolitik



Die Nichtersetzbarkeit des Wirtschaftsgutes Wohnen wird ergänzt um andere Eigenheiten des Wohnens: Wohnungen sind heterogen, fast jede ist irgendwie anders; Wohnungen sind immobil; Wohnungen sind dauerhafte Güter und schließlich: Wohnungen befinden sich in Siedlungen. Der Wert einer Wohnung liegt nur zu geringen Teilen in ihr selbst, sondern wird durch ihre siedlungsräumliche Zuordnung bestimmt.

These 4

Wohnen wird in Städten und Dörfern erst schön.

Städte haben vor allem zwei Funktionen: Sie sollen für ihre Bewohner Sicherheit schaffen und kulturelle Identität erzeugen.

Kulturelle Identität in Städten, die Qualität dieser Kultur, ist nur möglich durch Regeln für die gebaute Umwelt. Beispielhaft wissen wir, daß Siena, eine der Perlen mittelalterlicher italienischer Städtebaukunst, mit einer unvergleichlich großen Zahl von baurechtlichen Regelungen gearbeitet hat. Allerdings: Regeln schaffen für sich noch keine Qualität. Entscheidend für die Qualität der gebauten Umwelt ist der entsprechende Wille der städtischen Gesellschaft. Regeln allein erreichen dies nicht, denn auch mit starren, staatlichen Vorgaben sind monotone Wohnungssiedlungen in Ost- wie in Westeuropa der Nachkriegszeit entstanden. Der Wille, kulturelle Qualität zu schaffen, erzeugt aber die Regeln, die er benötigt.

Die Sicherheit der Städte erfüllt sich primär in der Sicherheit des Wohnens. Vor anderen Sicherheitsbedürfnissen möchten die Menschen gewiß sein, in der Stadt eine Wohnung zu haben und behalten zu können.

Der Wert der Wohnung hängt also ab vom sozialen Handeln der städtischen oder dörflichen Gemeinschaft.

These 5

In Deutschland könnte nur Michael Kohlhaas als Bauherr der Wohnungsbauförderung entgehen.

Bei der Diskussion über die Förderung des Wohnungsbaus und des Wohnungserwerbs wird in Deutschland zuviel über die Förderung des sogenannten Sozialen Wohnungsbaus gesprochen. Übergangen wird damit der große Bereich steuerlicher Förderung. Eine solche Argumentation verzerrt die Fakten. Das Verhältnis von steuerlich geförderten zu direkt geförderten Wohnungen in Deutschland beträgt 4:1. Die für diese Förderbereiche aufgewandten öffentlichen Mittel schwanken nach unterschiedlichen Schätzungen zwischen 30 und 80 Mrd. DM für die steuerliche Förderung und 10 bis 30 Mrd. DM für die direkte.

These 6

Nur Eigenheime entsprechen voll den Sicherheitsbedürfnissen in einer individualisierten Gesellschaft.

Das Mieten von Wohnungen unterscheidet sich in einem deutlich von fast allen anderen privatrechtlichen Verträgen zur Überlassung von Wirtschaftsgütern: Das Mieten von Wohnungen führt zur Gesichtskontrolle des Mieters durch den Vermieter.

Das Mieten von Wohnungen birgt auch das Risiko, ohne eigenes Verschulden das gemietete Objekt gegen den eigenen Willen wieder aufgeben zu müssen. Ein Wechsel gemieteter Wohnungen ist fast immer, wenn er unfreiwillig geschieht, mit unverhältnismäßig hohen Belästigungen verbunden. Er kann dazu führen, daß eine vergleichbare Wohnung zu zumutbaren Bedingungen und zu zumutbaren Preisen nicht wieder gefunden wird.

Als Ausweg bleibt das individuell besessene Eigentum, das ohne eigenes Verschulden nicht aufgegeben werden braucht - also das eigene Haus für jeden.

These 7

Kündigungsschutz ist das Wichtigste beim Mietrecht.

Die sozialen und räumlichen Bedingungen in den Städten bevölkerungsreicher Wohlstandsgesellschaften lassen die Realisierung des Ideals eines eigenen Hauses für jeden nicht zu. Soweit es also Mietwohnungen gibt, muß das Mietrecht ein Höchstmaß an Sicherheit der gemieteten Wohnung gewährleisten. Damit wird die weitgehende Unkündbarkeit der Wohnung zum ersten Ziel des Mieterschutzes. Dies gilt es sowohl im Mietrecht des BGB zu verwirklichen, dies ist auch der Hauptgrund für die Fortführung des öffentlich geför-

derem Wohnungsbaus. Beim öffentlich geförderten Wohnungsbau ist nämlich weniger die Miethöhe, als die Belegungsbindung das zentrale Instrument. Öffentlich geförderte Wohnungen sind für ihre Mieter praktisch unkündbar. Dieses Recht gilt es zu erhalten.

These 8

Der Wechsel der Wohnungskonjunkturen erfordert den Wechsel zwischen Neubauförderung und Bestandeförderung.

Die Nachfrage nach Wohnungen in der Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland ist regelmäßigen konjunkturellen Schwankungen unterworfen. Diesen Schwankungen kann sich bei relativer Konstanz der eingesetzten fiskalischen Mittel die Wohnungsbauförderung anpassen. In Zeiten großer Nachfrage ist eine Konzentration auf den Neubau sowohl im direkten wie im steuerlichen Förderungsbereich sinnvoll. In Zeiten konjunktureller Nachfrageabschwächung kann sich die Förderung auf den Bestand konzentrieren, d. h. auf die Modernisierung von Wohnungen, den möglichen Erwerb im Bestand, wie den Ankauf von Bindungen zum Erhalt von Sozialwohnungen.

These 9

Reine Marktwirtschaft und die Besonderheiten des Guten Wohnen führen bei ungleicher Einkommensverteilung zu Wohnungsnot.

Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis und damit die Produktion eines Gutes. Aber: produziert wird nur, wenn der Preis die Kosten deckt. Dieser Grundsatz rechtfertigt Mieterhöhungen, die zu vermehrter Produktion von Wohnungen führen. Aber es gilt auch: verkauft wird nur, wenn der Preis Nachfrage zuläßt. Zu hohe Mieten schließen Teile der Bevölkerung von der Nutzung neu gebauter Wohnungen aus.

Diese Grundelemente der Marktwirtschaft können dazu führen, daß zusätzliche Nachfrage sich nicht auf neu gebaute Wohnungen, sondern auf die Wohnungsbestände richtet. Kaufkräftige Nachfrage kann so weniger kaufkräftige Wohnungssuchende verdrängen. Eine gesteigerte Nachfrage kann letztlich durch die Vergrößerung der Wohnungen Einkommensstärkerer das Angebot von Wohnungen paradoxerweise sogar verringern.

Diese Besonderheiten des Marktmechanismus auf dem Markt des Wohnens macht sozialen Ausgleich, also staatliche Wohnungsförderung zugunsten Einkommensschwächerer unabdingbar, wenn das Grundbedürfnis auf Wohnung für alle Realität bleiben soll.

(-/23. November 1993/rs/ks)

DOKUMENTATION

Johannes Rau: Die Dinge beim Namen nennen und praktische Vorschläge machen

Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Johannes Rau, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und Kandidat der Sozialdemokraten für das Amt des Bundespräsidenten, hat auf dem Wiesbadener Parteitag eine programmatische Rede gehalten, die mit starkem und lang anhaltendem Beifall aufgenommen wurde. Rau, der in Wiesbaden mit 97,5 Prozent wiedergewählt wurde, ging ausführlich auf die Verantwortung des vereinten Deutschlands in der veränderten Welt ein. Wir dokumentieren - mit Ausnahme der einleitenden Passage - die Rede von Johannes Rau im Wortlaut. (Die Zwischenüberschriften wurden von der Redaktion gesetzt.)

Das Signal von Wiesbaden muß sein: Es gibt in Deutschland eine politische Kraft, die sich die Wirklichkeit nicht schönredet und die nicht die Schlechtigkeit der Welt beklagt, sondern die sich den wirklichen Problemen stellt. Es gibt in Deutschland eine politische Kraft, die nicht nur eine andere Politik will, sondern die den Bürgerinnen und Bürgern auch ein Angebot für eine bessere Politik macht. Das ist eine klare Kursbestimmung.

Es wird von der neuen Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland nach der staatlichen Einheit gesprochen. Manche tun das hoffnungsvoll, manche skeptisch, manche tun es pathetisch und manche nüchtern bilanzierend. Mir ist nicht hinreichend klar, was manche damit meinen: Verantwortung für wen, gegenüber wem? Dann müssen wir uns fragen, was sich durch die Überwindung der Teilung an unserer Verantwortung in der Welt geändert hat. Es ist keine neue Verantwortung, daß wir für den Frieden eintreten wollen und müssen. Es ist keine neue Verantwortung, daß wir unseren Beitrag leisten wollen und müssen, damit Hunger und Elend auf der Welt endlich zurückgedrängt werden können. Es ist unsere Verantwortung, daß wir die Erhaltung tropischer Regenwälder nicht nur beschwören, sondern daß wir mit praktischer Politik etwas dafür tun, daß sie erhalten werden können.

Es ist unsere Verantwortung, daß wir das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft in unserem Land gestalten wollen und gestalten müssen, daß wir die technische Entwicklung so gestalten, daß sie nicht zu humanen und sozialen Zielen im Widerspruch steht. Das Reden von der neuen Rolle und von der neuen Verantwortung birgt die Gefahr, daß Dinge durcheinandergehen. Da wird häufig - bewußt oder unbewußt - verdeckt, daß wir in vielem unsere alte Verantwortung noch nicht ausreichend wahrgenommen haben, daß wir zeigen müssen: Wir sind auf der Höhe der Zeit.

Es stimmt: Unsere Rolle ist nicht mehr die gleiche wie noch vor wenigen Jahren. Nachdem uns mit dem Fall der Mauer die staatliche Einheit geschenkt worden ist, sind wir Deutschen - nicht nur die Deutschen in der ehemaligen DDR, wir auch - bei allen Problemen ein Stück freier geworden, weil die Last der Teilung weg ist, die auch auf die gewirkt hat, die sie persönlich nicht gespürt haben und denen der Gedanke der Freiheit näher gewesen ist als die Hoffnung auf die deutsche Einheit.

Wir sind deshalb jetzt ein Stück freier - nicht im Umgang mit unserer Geschichte, aber mit dem, was wir aus unserer Geschichte lernen können -, welche Erkenntnisse wir für unser zukünftiges Handeln ziehen. Wir sind, so glaube ich, ein Stück freier, der Verantwortung gerecht zu werden, die uns als Aufgabe und als unsere Chance aus unserer Geschichte erwächst, nicht als Pflicht oder als Joch. Darum hielte ich es für gut, wenn wir die besondere Verantwortung wahrnehmen, die aus unserer geschichtlichen Erfahrung herrührt.

Zu diesen geschichtlichen Erfahrungen und zu den Lehren, die wir daraus ziehen, gehört es, daß wir Intoleranz, Verachtung von Minderheiten, Ausgrenzung einzelner oder ganzer sozialer Gruppen von Anfang an begegnen müssen, daß wir sie gar nicht erst zulassen dürfen. Das tun wir nicht deshalb, weil Intoleranz oder Ausgrenzung oder Fremdenhaß bei uns unbedingt noch verbreiteter wären oder fruchtbareren Boden fänden als in anderen Ländern. Der Grund ist ein anderer: Wir haben in unserer Geschichte erlebt, wozu diese Haltungen führen können. Wir sind gebrannte Kinder. Unsere besondere Verantwortung liegt darin, die Erinnerung daran wachzuhalten, was passiert, wenn die Demokratie nicht stirbt wegen der Radikalen, sondern weil es zu wenige aktive Demokraten gibt, was passiert, wenn der Rechtsstaat stirbt, weil es zu viele gibt, die ihn als störend empfinden beim Gebrauch ihrer Macht, was passiert, wenn Menschenrechte mit Füßen getreten werden, weil es zu wenige gibt, die sich um andere kümmern, die Zivilcourage haben, die aufstehen gegen Unrecht und Diskriminierung.

Willy Brandt hat gesagt: "Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen." Dieser Satz wird viel zitiert. Er wird jetzt auch von manchen Konservativen aufgegriffen - früher wurde er angegriffen -. Zuletzt hat ihn Theodor Waigel beim Volkstrauertag in Berlin zitiert.

Warum wir die Erinnerung wachhalten müssen

Liebe Freunde, Willy Brandt wollte ja nicht sagen, die Deutschen seien überhaupt oder im Vergleich zu ihren Nachbarn ein größeres Risiko für den Frieden. Nein, dieser Satz wird nur verständlich vor dem Hintergrund der schrecklichen Erfahrungen, die wir Deutschen mit uns selber gemacht haben und die unsere Nachbarn mit uns gemacht haben. Willy Brandt wollte keine Selbstanklage. Er wollte nicht die Förderung kollektiver Schuldgefühle. Aber er wollte, daß wir die Erinnerung daran wachhalten, daß aus unserer besonderen geschichtlichen Erfahrung auch eine besondere Verantwortung für den Frieden erwächst. Wir haben eine solche besondere Verantwortung auch mit Blick auf die Länder des ehemaligen Ostblocks, nicht bloß, weil sie unsere Nachbarn sind. Wir dürfen nicht vergessen: Es waren die Menschen in Prag, in Budapest, in Warschau, in vielen anderen Städten, die sind aufgestanden gegen Unterdrückung und Entmündigung, die haben beigetragen zum Fall des Eisernen Vorhangs, ohne den wir die deutsche Teilung nicht überwunden hätten.

Soviele materielle, praktische, auch in unserem eigenen Interesse liegende Gründe es gibt für engere Zusammenarbeit mit den östlichen Ländern - wir dürfen nicht vergessen: Wir haben auch eine moralische Schuld abzutragen, die nicht aus den 30er und den 40er Jahren stammt, sondern aus dem Jahr 1989. Unser Land, liebe Freunde, hat als einziges in Europa gleichzeitig die Sorgen des Westens und die Probleme des Ostens. Wir erfahren täglich, daß nicht leicht zusammenfindet, was zusammengehört. Wir erfahren auch, daß Teilen nicht nur nötig ist, damit wir die Teilung überwinden, sondern daß die Art, wie geteilt wird, das Zusammenwachsen erschweren kann.

Aber eines ist sicher: Ohne Solidarität zwischen Ost und West im vereinten Deutschland, ohne die Bereitschaft, die Last aus 40 Jahren SED-Herrschaft gemeinsam zu tragen, kann nicht zusammenwachsen, was zusammengehört. Unsere eigenen Probleme, die Sorgen und Nöte vermitteln uns eine Ahnung von dem, was unsere östlichen Nachbarn in Europa wirtschaftlich, sozial und politisch vor sich haben. Wenn wir unseren Blick nicht auf den Tag beschränken, dann wissen wir auch: Unsere Nachbarn haben in diesem Jahrhundert und auch weiter zurück immer dann Anlaß zu erhöhter Wachsamkeit gehabt, wenn wir Deutschen zu sehr mit uns selber beschäftigt waren.

Ihr kennt die Stichworte, und sie kommen nicht von Bösemeinenden, sondern sie werden uns von Freunden vorgehalten: Hang zur Innerlichkeit und Selbstmitleid werden uns zugeschrieben, die Suche nach der ganz eigenen nationalen Identität, in der Mitte Europas scheinbar hin- und hergerissen, anfällig für politischen Irrationalismus und moralischen Rigorismus. Auch jetzt, nachdem wir die staatliche Teilung überwunden haben und wieder ein Land sind, sollte niemand glauben, wir wären wieder im Stand historischer Unschuld.

Das kann nicht heißen, daß wir uns kleinmachen, daß wir Demutsgesten üben müßten. Das kann nicht heißen, daß wir darauf verzichten, aus unserer Sicht berechnete Interessen zu formulieren. Da denke ich als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen in diesen Tagen besonders an die Stahlarbeiter in meinem Land. Wir müssen unsere Interessen so wahrnehmen, wie andere Länder auch. Wer das nicht tut, der schadet den Arbeitnehmern bei uns, und der schadet dem weiteren Aufbau in Europa. Aber unsere europäischen Nachbarn brauchen die Sicherheit, daß wir ein europäisches Deutschland wollen und kein deutsch beherrschtes Europa.

Unsere europäischen Nachbarn, nicht nur die politisch Verantwortlichen, auch die große Mehrheit der Menschen, müssen spüren: Wir wollen in europäischer Partnerschaft zusammenleben. Wir wollen auf Gemeinsamkeit bauen. Sie ist der Ausdruck der Vielfalt der europäischen Länder und Völker.

Heute vor drei Jahren, liebe Freunde, haben die in der KSZE zusammengeschlossenen Länder in Paris eine Erklärung verabschiedet, die 'Charta für ein neues Europa'. Da heißt es: 'Nun ist die Zeit gekommen, in der sich die jahrzehntelang gehegten Hoffnungen und Erwartungen unserer Völker erfüllen: unerschütterliches Bekenntnis zu einer auf Menschenrechten und Grundfreiheiten beruhenden Demokratie, Wohlstand durch wirtschaftliche Freiheit, soziale Gerechtigkeit und gleiche Sicherheit für alle Länder.' Das war die Hoffnung. Heute, drei Jahre danach, stellen wir fest: Wir sind weit entfernt von diesen Zielen, in manchem sogar weiter als noch vor drei Jahren.

Wir wollen Patrioten sein, keine Nationalisten

Ich sehe mit Sorge, wie sich die Tonlage verändert, wenn wir über die Zukunft Europas sprechen. Wir lehnen bürokratischen Zentralismus ab. Wir verstehen manche Verärgerung der Bürger und Bürgerinnen über das, was in Brüssel geschieht, obwohl wir zuwenig sagen, daß die nationalen Regierungen es sind, die das nach Brüssel einspeisen. Aber inzwischen scheinen nationale und manchmal nationalistische Töne die Grundmelodie zu überlagern. Ich finde: Europäisches Denken und patriotische Gesinnung sind kein Widerspruch. Aber man darf Patriotismus und Nationalismus nicht verwechseln. Dazwischen liegen Welten.

Ich habe einmal gesagt: Ein Patriot ist jemand, der sein Vaterland liebt; ein Nationalist ist jemand, der die Vaterländer der anderen verachtet. - Wir wollen in diesem Sinn Patrioten sein, aber keine Nationalisten.

Darum muß unsere Antwort sein, daß wir den an manchen Stellen kopflastig gewordenen Integrationsprozeß wieder auf die Füße stellen, damit Vielfalt erhalten bleibt. Ich sehe im deutschen Föderalismus im Gegensatz zu Nationalismus, Zentralismus, aber auch Separatismus eine Antwort auf solche Fragen. Wir wollen keinen zentralistischen Moloch, sondern wir wollen ein gegliedertes Europa. Und wer sich zurückmacht auf den Weg zum deutschen Nationalstaat, der geht einen Irrweg und der schadet den Interessen unseres Landes.

Ich habe manchmal den Eindruck, daß die Rückbesinnung aufs Nationale in Wirklichkeit eine ganz andere Funktion hat. Da geht es darum, daß man fehlende Perspektiven ersetzen will. Ich kann davor nur warnen. Die Aufgaben, vor denen wir stehen, lassen sich nicht mit nationalem Pathos lösen. Wir müssen an den Ursachen ansetzen, wenn wir soziale Probleme und soziale Konflikte lösen wollen. Wir dürfen nicht in Ersatzhandlungen flüchten. Wer soziale Fragen verdrängt durch Appelle an das nationale Bewußtsein, der geht größere Risiken ein, als ihm vielleicht selber bewußt ist.

Wäre es nicht ein Auftrag für uns Deutsche, in diesem Prozeß eine neue Funktion in Europa zu übernehmen, nicht als eine Hegemonialmacht, die Ruhe und Ordnung schafft, aber als ein aus der Erfahrung mit der eigenen Geschichte klug gewordener Vermittler? Dann wenn wir egoistische Großmachtinteressen vertreten haben, hat das immer wieder zu Koalitionen unserer Nachbarn geführt. Wenn wir wollen, daß diese unselige Geschichte nicht fortgesetzt wird, dann müssen wir uns selber in die Europäische Union einbringen, müssen wir uns selber einbinden. Das liegt in unserem handfesten langfristigen Interesse.

Wenn ich gelegentlich Stimmen höre, die uns raten, wir Deutschen müßten endlich zur Normalität zurückkehren, frage ich: Wer definiert eigentlich, was normal ist? Was soll da Vorbild sein, und welche Anhaltspunkte finden wir in unserer Geschichte?

Zu den Schwierigkeiten, die wir Deutschen mit unserem Vaterland gehabt haben, hat ja auch der Prozeß der Einigung im 19. Jahrhundert und das, was daraus geworden ist, gehört. Wir singen in einer fast 150 Jahre alten Nationalhymne von Einigkeit und Recht und Freiheit. Aber war die Linie von den Befreiungskriegen über Hambach und die Frankfurter Paulskirche bis nach Sedan und nach Versailles zieht, verzerrt den Gang der Geschichte. Von da führt kein Weg in den Spiegelsaal von Versailles, wo das kleindeutsche Reich von Bismarck begründet worden ist.

Bismarck war ein großer deutscher Staatsmann, aber er gehört nicht in die Ahnenreihe derjenigen, die für Einheit und demokratische Freiheit gestanden haben. Darum ist es kein Zufall, daß auf die Gründung des Nationalstaats 1871 die gesellschaftliche Spaltung der Nation gefolgt ist. Ich meine den Kulturkampf, ich meine den Konflikt mit den als vaterlandslosen Gesellen diffamierten Sozialdemokraten. Ich finde in der 100jährigen Geschichte des deutschen Nationalstaates Weniges, was man als Normalität bezeichnen kann.

Gustav Heinemann hat das so beschrieben: 100 Jahre Deutsches Reich heißt eben nicht einmal Versailles, sondern zweimal Versailles, 1871 und 1919, und das heißt auch Auschwitz, Stalingrad und bedingungslose Kapitulation 1945.

Die Geschichte wiederholt sich nicht. Aber wir müssen darauf achten, daß die Einheit von 1990 nicht wieder mit wachsender gesellschaftlicher Spaltung - und damit meine ich mehr als materielle und soziale Fragen - einhergeht. Wenn ich große Teile unserer gegenwärtigen innenpolitischen Diskussion anschau, habe ich manchmal den Eindruck, der Blick fürs Wesentliche ist verlorengegangen, das kleine Karo regiert, Scheindebatten bestimmen die öffentliche Diskussion. Ist nicht wieder einmal Anlaß, an die Warnung von Herbert Wehner zu erinnern, der von der Bekämpfung des politischen Gegners mit kriegswissenschaftlichen Mitteln gesprochen hat?

Die politische Kultur auch im Wahlkampf bewahren

Mir macht es Sorge, wie wir unsere ohnehin angeschlagene politische Kultur - Jochen Vogel hat im letzten Teil seiner Mahnung davon gesprochen - in den kommenden 19 Wahlen bewahren, ohne ernstlich Schaden zu nehmen. Es darf nicht so weitergehen wie bisher; sonst wird das Wort "Politikverdrossenheit" nur eine zurückhaltende Beschreibung dessen, was sich als Stimmung breitzumachen droht. Aber zum ganzen Bild, liebe Freunde, gehört auch, daß es immer mehr Leute gibt, die so tun, als hätten nur sie recht.

Es gibt immer weniger Menschen, die bereit sind, gemeinsam mit anderen für eine richtige Sache zu streiten, um Mehrheiten zu werben und die Mühen der Praxis auf sich zu nehmen. Wir müssen die Kritik an den politischen Parteien aushalten. Wir müssen uns der Kritik, da wo sie berechtigt ist, stellen. Ich hoffe, daß wir mit diesem Parteitag einen Beitrag dazu leisten, daß die Zahl derer, die in die Stimmenthaltung fliehen, nicht mehr steigt.

Wir dürfen auch nicht den Eindruck erwecken, wir hätten Antwort auf alle Fragen. Wir dürfen nicht so tun, als wüßten wir alles besser. Wir müssen die Dinge beim Namen nennen und praktische Vorschläge machen; denn nicht nur die wirtschaftliche Lage ist schwierig, auch die politische Demokratie steht in einer

Bewährung. Die zurückgehende Wahlbeteiligung ist ein Zeichen dafür. Ein anderes Zeichen dafür ist die Tatsache, daß immer weniger Menschen bereit sind, für ein kommunales Mandat zu kandidieren. Die Brandenburger Freunde wissen, wovon ich spreche. Sie stehen mit diesem Problem nicht allein. Es gibt auch in den westlichen Ländern Regionen, in denen man händeringend nach Frauen und Männern sucht, die bereit sind, im Rat mitzuarbeiten. Es gibt auch Leute, die die Ortsvereinsversammlungen meiden, weil sie die Sorge haben, ohne ein Amt kämen sie da nicht wieder heraus, weil so wenige da sind, die ein Amt übernehmen.

Ich glaube, daß ich nicht übertreibe, wenn ich sage: Es zeigen sich in unserem sozialen Gefüge Risse, die Bindekräfte lassen nach. Seht euch die Krise an, die Krise der Gewerkschaften, der Parteien, der Kirchen. Das ist so, als wenn das Haus gebaut wird, Steine genug da sind, aber der Mörtel fehlt. Wenn dann der Sturm kommt, hält das Haus nicht. Manchmal habe ich den Eindruck, unsere Gesellschaft droht in verschiedene Teile auseinanderzufallen, die einander immer fremder gegenüberstehen. Das gilt für die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, das gilt für die Verteilung der Arbeit, das gilt auch für das Gespräch der Alten mit den Jungen, für den Generationenvertrag. Wohin kommen wir denn, wenn nicht die Erfahrung der Alten mit dem Schwung der Jungen in der Partei und in der Gesellschaft zusammenfinden?

Es wäre ein großer Irrtum zu glauben, es gebe neue Fremdheit nur zwischen alten und neuen Ländern. Nein, die Bindewirkung der Institutionen läßt nach. Daß es Parteiaustritte und Kirchen Austritte gibt, hat tiefere Gründe als die von Beiträgen und Kirchensteuern. Wie mischen wir uns da ein? Wie helfen wir, daß die Kirchen, allein auf Stasi-Dossiers gegründet, vorverurteilt werden? Wie helfen wir, daß ein Teil der Medien nicht den Institutionen die Chance nimmt, für Sinnorientierung in unserer Gesellschaft zu sorgen?

Waren die Ereignisse im vergangenen Jahr, als es um Urabstimmungen, um Annahme oder Ablehnung eines Tarifvertrags ging, nicht auch Symptome dafür, daß über das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Arbeitnehmern neu nachgedacht werden muß? Wenn ein Haus seine Stabilität verliert, weil der Mörtel fehlt, dann verliert unsere Gesellschaft ihre Stabilität, dann verlieren wir Integrationskraft, ohne daß Neues an die Stelle tritt. Darum sage ich als meine Auffassung, auch als das, was ich als meinen Auftrag empfinde: die Aufgabe der Politik ist mehr denn je, Menschen und Gruppen nicht auseinanderzutreiben, sondern zusammenzuführen.

Ich bin vor Jahren oft belächelt, manchmal auch mißverstanden worden, als ich dazu aufgerufen habe, den Anstand zu wahren, als ich gesagt habe: versöhnen statt spalten. Manche haben gemeint, ich wollte die Soße der Harmonie über die Konflikte der Welt gießen. Davon ist keine Rede; das habe ich nie gewollt, und das habe ich nie gemeint. Aber ich glaube, daß wir gegen eine Politik stehen müssen, die Spaltung bewirkt, und daß wir auf Versöhnung zu setzen haben, weil wir sonst unsere gemeinsame Zukunft gefährden. Ich sage noch einmal: Versöhnung ist etwas anderes, als Gegensätze zu verkleistern oder Interessenunterschiede zu leugnen.

Wir brauchen in der politischen Auseinandersetzung die Zuspitzung in der Sache, aber wir brauchen nicht die Polarisierung um des kurzfristigen Vorteils willen. Das nützt niemandem, das schadet uns allen. Versöhnen und Zusammenführen, das ist nicht der Rückzug ins Unverbindliche, das ist nicht die Suche nach dem kleinsten gemeinschaftlichen Nenner. Versöhnen und Zusammenführen, das ist die Chance, in schwieriger Zeit Orientierung zu vermitteln und Führung zu übernehmen, die auf Glaubwürdigkeit und auf Vertrauen beruht. Darum gehört es zu unseren wichtigsten Aufgaben, alte Werte so lebendig zu erhalten, daß sie neue Antworten möglich machen.

Ohne Solidarität kann der einzelne auf Dauer sein Glück nicht finden

Wir müssen wieder lernen, über mehr Freiheit und Unabhängigkeit, über mehr Wahlmöglichkeiten des persönlichen Lebensweges, über mehr materiellen Wohlstand für die Mehrheit, über mehr Liberalität im Innern und mehr Wertoffenheit nicht zu vergessen, daß ohne Solidarität auch der einzelne auf Dauer sein Glück nicht findet. Solidarität kann man nicht verordnen. Sie muß ein Wert sein, an dem sich Politik orientiert. Wir erleben in diesen Tagen bei der Diskussion um die Neuverteilung der Arbeit, daß die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften sehr viel stärker zu solidarischem Handeln bereit zu sein scheinen, als das immer wieder behauptet wird. Da füge ich hinzu: Wenn bei allen Gruppen, auch bei höheren Einkommensgruppen, zu denen ich gehöre, also bei den Menschen, denen es leichter fiel, ein vergleichbarer Wille vorhanden wäre, etwas abzugeben und etwas zu teilen, dann bräuchten wir weniger Sorge um die Zukunft unserer Kinder und unserer Enkel zu haben.

Die Krise, die wir erleben, geht über das Wirtschaftliche hinaus. Sie trifft Millionen Menschen schmerzlich. Man kann auf Krisen unterschiedlich reagieren. Man kann die Chancen nutzen, die im Umbruch liegen. Man

braucht nicht mit alten Rezepten die Krise zu verlängern. Aber wir erleben auch, daß die Krise den Rückfall in alte Denkmuster begünstigt. Ich finde, viele Argumente, die wir gegenwärtig in der sogenannten Standortdebatte hören, sind eher Ausdruck falscher Nostalgie als vernünftiger Zukunftsorientierung.

Es ist ein großer Fehler, wenn wir den Eindruck erwecken, wir müßten uns zwischen sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit entscheiden. Nein, beides gehört zusammen. Wer sie gegeneinander ausspielt, der gefährdet den sozialen Konsens, und der gefährdet in Wirklichkeit auch den Wirtschaftsstandort Deutschland. Es ist genauso schädlich, wenn wir die Krise mißverstehen oder gar mißbrauchen, um den alten Gegensatz zwischen Ökonomie und Ökologie wieder zu zementieren, wenn wir Arbeit und Umwelt gegeneinander ausspielen.

Ich habe es als bemerkenswert empfunden, daß der Bund für Umwelt und Naturschutz und der Bundesverband junger Unternehmer uns gemeinsam davor gewarnt haben, Arbeit und Umwelt gegeneinander auszuspielen. Wir brauchen in unserem Land das Bündnis zwischen einflussreichen Unternehmern, Technikern und Ingenieuren mit engagierten Umwelt- und Naturschützern. Wir brauchen solche Bündnisse in vielen gesellschaftlichen Feldern, wenn wir die Zukunft gemeinsam gestalten wollen.

Darum bitte ich, daß wir viele Bündnispartner suchen für eine neue Politik im vereinten Deutschland, weil die Menschen einen Anspruch darauf haben, daß wir alles tun, um Wege aus der Krise zu finden.

Liebe Freunde, ich habe begonnen mit der Frage danach, an wie vielen Parteitagen ich schon einmal in 36 Jahren teilgenommen hätte. Ich will am Schluß sagen, so absurd das klingt, es wäre ja schön, wenn dies mein letzter sein könnte, weil ich dann eine andere Aufgabe wahrzunehmen hätte. Laßt mich dazu doch noch ein freimütiges Wort sagen. Als der Parteivorstand mich am 13. September nominiert hat, habe ich gesagt, ich würde mich nicht an einer Bewerbungskampagne beteiligen.

Ich hatte einen Grund, das zu sagen. Ich finde, wir haben in unserem Land nicht mehr zu viele Institutionen, die von der Politikverdrossenheit noch nicht erreicht worden sind. Das Amt und die Person des Bundespräsidenten gehören dazu. Dafür bin ich dankbar. Deshalb finde ich es nicht gut - das sage ich auch als Sozialdemokrat -, wenn der öffentliche Eindruck entsteht, daß jetzt auch das Amt des Bundespräsidenten ausschließlich unter parteipolitischem Kalkül angesehen wird.

Unser Land - kein Wählerpotential, sondern Gemeinschaft von Menschen

Der Bundespräsident ist der Repräsentant des ganzen Landes. Daran werde ich mich orientieren, bis zum 23. Mai und danach. Auch wenn es manchmal schwerfällt: Laßt uns die Diskussion so führen, daß kein Schaden für das Amt und für unser Land entsteht; denn wir möchten, daß Deutschland in den 90er Jahren Wege aus der Krise findet, daß Heimatliebe und Weltoffenheit keine Gegensätze sind, daß Menschen zu einander finden, daß wir die Minderheiten in die Mitte holen, statt immer an die Ränder zu gehen und Segnungen auszusprechen.

Wir möchten die Interessen der Mehrheit wahrnehmen und die Rechte der Minderheiten schützen. Wir möchten unser Land nicht als Wählerpotential, sondern wieder als Gemeinschaft Junger und Alter, Einsamer und Geselliger, Gesunder und Kranker, Fröhlicher und Bedrückter sehen, als Gemeinschaft von Menschen, für die Politik nur ein ganz kleines Segment ist. Die Politik ist nicht deren Leben, vielleicht unseres - hoffentlich nicht ganz -, nein, die Politik ist eine Dienstleistung an der Gesellschaft.

Laßt mich das wiederholen, was ich in Bonn auf dem Parteitag, den wir dort hatten, gesagt habe. Bevor man Ideen findet, wie man einem Menschen helfen kann, muß man entdecken, daß man die Menschen mag. Wenn das gelingt, bei aller Schärfe des Profils, das wir brauchen, bei aller Deutlichkeit der politischen Programme, um die wir gestritten haben - da sind wir ein gutes Stück vorangekommen -, wenn die Menschen spüren, daß wir das um ihrerwillen tun, daß unser Parteilbuch ein Erweis unseres Bekenntnisses ist, aber kein Reisepaß für höhere Laufbahnen, - damit wir uns verstehen, dann kann man auch was werden - wenn das die Botschaft nicht nur dieses Parteitages wäre, sondern die Botschaft derer, die in unserer Partei, in anderen Parteien, in Kirchen, Verbänden, Gewerkschaften, Sportvereinen dafür sorgen, daß der Mörtel für das Gebäude da ist, damit Wärme entstehen kann, Schutz geboten wird, aber auch der Weg ins Freie möglich ist, wenn wir so auf Menschen hin orientiert sind, werden auch die Sachen richtiger, die wir beschließen.

Alles Gute.

(-/23. November 1993/rs/ks/fr)
